

Der Sturz des Caudillos

Von den Wahlen am 20. Oktober 2019 bis zur verfassungskonformen Nachfolge

Studiengruppe: Hirngespinnste [1]

14. November 2019

Evo Morales ist nicht mehr Präsident Boliviens! Mit solch einem Satz zu beginnen ist unüblich, aber wir nehmen uns diese Freiheit, weil diese Tatsache vor wenigen Wochen noch vollkommen unwahrscheinlich erschien; denn der Präsident hatte kein Problem damit, die Verfassung Boliviens, die Gesetze und das Wahlergebnis zu manipulieren, um auch nach 14 Jahren weiterhin an der Macht zu bleiben und seine Wiederwahl auf unbestimmte Zeit zu ermöglichen. Die Präsidentschaftswahl vom 20. Oktober 2019 riss jedoch einen tiefen und unüberwindlichen Spalt in sein Machtkonstrukt: zum einen gab es im Gegensatz zu vorangegangenen Wahlen einen Herausforderer, der der MAS-Partei die Stirn bieten konnte, zum anderen kontrollierte die bolivianische Bevölkerung Wahlergebnisse, schließlich wusste oder ahnte sie, dass es zum Betrug kommen könnte [2]. Tatsächlich zeigte sich am Wahltag ein enormer Bürgersinn und die Bereitschaft der Bevölkerung zur Kontrolle an den Wahlurnen war massiv. Was sonst war denn die Hoffnung, den Kurs des Landes zu ändern? Eben genau ein klares Votum für Carlos Mesa zu sichern, das sogar einer gewissen Manipulation standhalten und eine Stimmendifferenz von über 10% im Vergleich zu Evo Morales erreichen könnte [3]. Die Opposition und ein großer Teil der Bevölkerung setzten auf die Stichwahl, die Evo Morales wahrscheinlich verloren hätte.

In diesem Dokument möchten wir mit Ihnen die Kraft der Bürgermobilisierung untersuchen, die die schwächelnde Basis der Legitimität von Evo Morales ins Wanken brachte und ihn schließlich zum Rücktritt bewegte.

1 Der Kontext

1.1 Warum stürzte Morales?

Die beiden letzten Amtsperioden der Regierung Evo Morales' (2009 bis zur Gegenwart) waren gezeichnet von einer Tendenz zum zentralistischen Autoritarismus, wobei nach außen hin alle Institutionen so funktionierten, als seien sie demokratisch. Im Einzelnen zeigte sich das wie folgt:

a) Kontrolle über die Ernennung von Richtern und Mitgliedern des Verfassungsgerichts und der Gerichtshöfe im ganzen Land; diese waren folglich zur direkten Treue der MAS-Partei gegenüber verpflichtet.

b) Kontrolle über die Mitglieder des Wahlausschusses. Das gesamte technische und juristische Personal, das mit der Organisation der Wahl beauftragt war, sollte samt Verfassungsgericht politisch an der MAS ausgerichtet und ihr verpflichtet sein.

c) Kontrolle über 60% des Parlaments, das Gesetze und Vorschriften erließ, die nicht weiter debattiert und noch weniger in den Kammern [4] verfasst wurden, sondern ohne weitere Diskussion verabschiedet wurden.

d) Um als Kommandant von Armee und Polizei auf hoher und mittlerer Ebene ernannt werden zu können, wurde Loyalität der Regierung gegenüber vorausgesetzt.

e) Aber es ging noch weiter: Die MAS verschaffte sich Kontrolle über die Mehrzahl der lokalen Staatsgewalten (Präfekturen und Gemeinden). In den politischen Kampagnen für die Wahl dieser Regionalverwaltungen signalisierte der Vizepräsident selbst, dass diejenigen Gemeinden, in denen die MAS verliere, schlicht keinerlei Unterstützung in Form von Investitionen in Bauvorhaben oder finanziellen Mitteln mehr erhielten.

f) Nach und nach übernahm die Regierung die Kontrolle über die Presse, kaufte Massenmedien (Printmedien, TV-Kanäle und Radiostationen) und hungerte die unabhängige Presse aus.

g) Soziale Organisationen wurden mit Hilfe von Bestechungsgeldern und Schenkungen korrumpiert, um ihre parteiische Treue zu sichern. Organisationen, die sich weigerten, wurden ausgeplündert und kriminalisiert, um sie dann direkt zu übernehmen und ihre Anführer zu ersetzen.

h) Die Opposition der Regierung wurde aus unterschiedlichen Gründen ebenfalls verfolgt und eingesperrt: wegen Verrat am Vaterland, Steuerschulden und unter Androhung von politischen Prozessen. So spaltete sich die Opposition auf und verlor Durchsetzungskraft und Präsenz.

1.2 Wie erfolgte die Manipulation von Gesetzen und Umgehung der Verfassung, um eine Wiederwahl "zum dritten Mal" zu erreichen?

Die bolivianische Verfassung legt fest, dass ein Präsidentschaftskandidat nicht für mehr als zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden gewählt werden darf. Morales regierte ja schon drei Perioden und diese Neue wäre seine Vierte gewesen. Warum und wie erreichte er also die Kandidatur? Die von der MAS durchgeführte und 2009 verabschiedete Verfassungsreform wurde so interpretiert, dass Morales' erste Amtszeit nicht zählte und die Kandidatur von 2009 folglich ALS SEINE ERSTE galt. Um es mit anderen Worten zu sagen: die Verfassung gab ihm so die Möglichkeit für eine zweite Amtszeit, jedoch nicht für eine Dritte. So kam es zu einer sehr umfangreichen Verfassungsdebatte über eine dritte Kandidatur Evo Morales'. Er selbst initiierte deshalb einen Volksentscheid, da ein solches Referendum die einzige Möglichkeit zur Verfassungsänderung ist. Am 21. Februar 2016 legte die Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung ein NEIN in die Urne und sprach sich somit GEGEN eine dritte Kandidatur von Evo Morales aus.

Daraufhin mobilisierte Evo Morales seine Minister und das ganze Parlament, um einen Weg zu finden, das Ergebnis des Referendums nicht anzuerkennen. Und er fand Einen: Er führte an, dass gemäß Menschenrechtscharta sein GRUNDRECHT auf politische Aktivität verletzt werde. Das (von Morales kontrollierte) Verfassungsgericht erkannte dieses Argument an und so wurde Evo Morales für eine dritte Kandidatur zugelassen, die in Wirklichkeit seine vierte war.

1.3 Popularitätsverlust und massive politische Kampagne

Wie rechtfertigte die Regierung von Evo Morales eine solch missbräuchliche Manipulation dieser Institutionen? Indem er in den Medien immer wieder darauf bestand, dass das Volk um seine Kandidatur gebeten habe und dass das "Volk" die maßgebende Instanz für seine Handlungen sei - obwohl nie ganz klar war, was er unter "Volk" überhaupt verstand. Mehrmals äußerte er, dass er der direkte Vertreter des Volkes sei und dass seine indigene Herkunft eine direkte Vertretung rechtfertigen würde. Anders gesagt: seine Herkunft und seine linke Rhetorik reichten aus, um seinen widersprüchlichen politischen Handlungen Legitimität zu verleihen. Die demokratische Staatsform war unterdessen zur Fassade geworden, die für seine politischen Interessen manipuliert wurde.

Mit dieser selbstverordneten Rechtmäßigkeit begann die Regierung im Mai dieses Jahres (2019) eine erbitterte Kampagne, die alle möglichen Mittel rücksichtslos ausnutzte: Regierungsgelder wurden für seine Kampagne umverteilt, Regierungsangestellte wurden zu finanziellen Beiträgen und zur Teilnahme an Propagandaaktionen wie Kundgebungen und Märschen gezwungen. Während seiner Kampagne sowie seiner gesamten Präsidentschaft tat Evo Morales so, als wäre er Präfekt, Volksvertreter und Patenonkel zugleich, indem er öffentliche Bauvorhaben persönlich einweihte. Dabei wies er immer wieder darauf hin, dass großes Unheil geschehe, wenn er nicht gewählt werde: zum Beispiel die Rückkehr von ausbeuterischen und rassistischen Politikern, die Kürzung von finanziellen Mitteln für soziale Engagements (unter anderem für Schulmaterial, Rentenzahlungen), die zweifellos die Armut eines guten Teils der Bevölkerung linderten. Es wurde sogar gesagt: „Wenn Evo Morales nicht gewinnt, wird sich die Sonne verdunkeln und Traurigkeit herrschen.“ [5]

All diese willkürlichen und missbräuchlichen Machtdemonstrationen zeigten der Bevölkerung, in welchem Verfall sich die herrschende Partei befand und die Überzeugung wuchs, dass dies ein Ende haben muss.

1.4 Manipulierte Wahlen

Am 20. Oktober 2019 strömten die Bolivianer an die Wahlurnen. Dies wurde - wie immer - richtiggehend zelebriert, denn wir Bolivianer sind begeisterte Wähler. Die Euphorie an der Stimmabgabe wurde dieses Mal durch den Wunsch nach einem Regierungswechsel zusätzlich verstärkt.

Bereits am Tag nach dem Wahlsonntag (sprich am 21. Oktober 2019) berichteten Bürger von Unregelmäßigkeiten: dass die Überwachungskette der Wahlakten unterbrochen worden sei; dass es Manipulation der Stimmen gebe; die MAS die Wahlzettel nicht öffentlich auszählen wollte, wie es aus Transparenzgründen sein müsste. Die Betrugsvorwürfe waren massiv, nicht nur seitens der direkt Beteiligten, sondern auch seitens anerkannter Institutionen: Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS, verantwortlich für die neutrale Wahlbeobachtung) stellte bereits am Wahltag offensichtliche Unregelmäßigkeiten fest; und auch das internationale, vom Wahlkomitee beauftragte Unternehmen "Ethical Hacking" ließ verlauten, dass „die Integrität der Daten gefährdet“ sei. Es stellte bei der Auszählung der Stimmen eine ausgeprägte Manipulation der Wahlprotokolle fest, die unter Missachtung der Sicherheitsstandards zur Verfälschung der Endergebnisse führte. Andere Organisationen freiwilliger Wahlbeobachter und die Oppositionsparteien entdeckten ebenso Unregelmäßigkeiten. Aber der Funke, der die Wut des Volkes entzündete, war die Unterbrechung bei der Übertragung der

Ergebnisse am Wahltag selbst ab 19.40 Uhr, als schon 83,8 % der Stimmen ausgezählt waren. Zu diesem Zeitpunkt lag Evo Morales zwar vor seinem Konkurrenten Carlos Mesa, jedoch nur mit einem Abstand von 7%, was zu einer Stichwahl (einer zweiten Wahlrunde) geführt hätte. Nachdem die Veröffentlichung der Stimmzahlen nach 24 Stunden Unterbruch – und ohne irgendeine Erklärung seitens der Regierung oder der Wahlbehörde – wieder aufgenommen wurde, lag die Differenz zwischen den Kandidaten plötzlich über 10 % und eine Stichwahl war somit ausgeschlossen.

Die Menschen strömten spontan auf die Straßen, um sich gegen den vollzogenen Betrug zu stellen. Von diesem Moment an rissen die friedlichen Massenproteste in allen großen Städten des Landes nicht mehr ab. Der Großteil der Demonstranten waren Jugendliche aus allen sozialen Schichten. Viele von ihnen stimmten wohl zum ersten Mal ab und fühlten sich ihrer Stimmen betrogen. Wir möchten betonen, dass die massive sowie kreative und friedliche Teilnahme der Jugendlichen die Proteste am stärksten geprägt und allen Hoffnung geschenkt hat. Diverse Gruppierungen unterstützten die Proteste der Jugendlichen: unter anderem diverse Bürgerkomitees, Gewerkschaften, Minenarbeiter, Coca-Produzenten aus der Region "Las Yungas", Abgeordnete aus Berufskammern, Mediziner, Universitäten sowie politische Parteien. Es ist zu betonen, dass dabei keine bestimmte Partei eine Führungsrolle übernahm. Die Aufrufe und Proteste waren autonomer Natur, obwohl die Bürgerkomitees nach und nach logistische Aufgaben organisierten (z. Bsp. Datum und Uhrzeit von Blockaden). Drei Wochen lang wurden im gemeinsamen Zusammenspiel der unterschiedlichsten Organisationen und Bevölkerungsschichten und mit einem noch nie dagewesenen Zusammenhalt Volksversammlungen und Straßenblockaden organisiert, die alle größeren Städte lahmlegten (kein öffentlicher Verkehr, sämtliche Geschäfte blieben geschlossen).

Ein Höhepunkt der Massenkundgebungen war das zufällig gleichzeitige Auftauchen von zwei bürgerlichen, lokalen, charismatischen und bisher unbekanntenen Persönlichkeiten (Marco Pumari aus Potosi und Fernando Camacho aus Santa Cruz [6]). Ein bedeutendes Datum war der 7. November 2019, als sich der Konflikt durch das Einmarschieren von Morales-Anhängern in den Städten Cochabamba, La Paz und weiteren kleineren Ortschaften verhärtete. Mit Knüppeln, Steinen, Dynamit und Tränengas terrorisierten sie die friedlichen Proteste der Opposition und es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen. Diese Gewalt wurde vorab vom Verteidigungs- und Innenministerium und diversen anderen öffentlichen Funktionären angekündigt, die mit Aussagen drohten wie „die Toten würden zu Dutzenden gezählt“, falls die Demonstranten auf der Straße blieben und „Bolivien wird sich in ein zweites Vietnam verwandeln“. Dies war der kritischste Moment in den fast drei Wochen anhaltenden Bürgerbewegungen, die bereits zwei Tote und viele Verletzte hervorgebracht hatten.

Am Folgetag, dem 8. November 2019, entschloss sich die Polizei zum Aufstand gegen die Regierung, zog sich in ihre Kasernen zurück und weigerte sich, die Bevölkerung weiter zu unterdrücken. Am 10. November 2019 veröffentlichte die OAS die vorläufigen Resultate ihrer verbindlichen Wahlprüfung, die aufgrund der vielfältigen Zweifel direkt von der bolivianischen Staatskanzlei in Auftrag gegeben worden war. Unter den wichtigsten Ergebnissen zeigte der Bericht ein großes Ausmaß an Unregelmäßigkeiten, Manipulationen am Computersystem und Unterschriftenfälschungen und hält zusammenfassend fest, dass es „statistisch unwahrscheinlich sei, dass Morales einen Vorsprung von 10% erreicht hätte, um einer Stichwahl aus dem Wege zu gehen.“

Dies war ein Schlüsselmoment in dem beginnenden Fiasko der Regierung: Untersuchen wir nun einige wichtige Ereignisse, die (in den folgenden Tagen) den Rücktritt und die Flucht von Evo Morales und seinen wichtigsten Mitarbeitern zur Folge hatten.

2. Rücktritt und Flucht von Evo Morales

Angesichts des Polizeiaufstandes, den belastenden Ergebnissen der OAS, die bewiesen, dass ein Wahlbetrug vorlag und einer noch immer demonstrierenden Bevölkerung, die den Rücktritt von Evo Morales und Neuwahlen forderte, signalisierte der Präsident in einem kurzen öffentlichen Auftritt, dass er einen Dialog mit den Oppositionsparteien akzeptiere und bereit sei für eine Neuwahl [7].

Freilich kam dieser Vorschlag zu spät: einerseits machte der Präsident keinerlei Andeutung auf den Wahlbetrug und lud die Bürgerkomitees nicht zur Diskussion ein; andererseits wie sollte man mit dem Präsidenten einen Dialog führen, wenn dieser selbst keinerlei Bereitschaft dazu zeigte, die Bewegung gar als irrelevant bezeichnete.

Hinzu kam der Brief des Militärkommandanten Williams Kaliman, in dem dieser den "Vorschlag" äußerte, dass Evo Morales als Präsident zurücktritt, um die Befriedung des Landes zu erleichtern. Noch am gleichen Tag, sprich am 10. November 2019, traten der Präsident sowie der Vizepräsident via Fernsehübertragung von ihren Ämtern zurück, jedoch mit dem Hinweis, dass sie zurückkehren würden.

Am Tag des Rücktritts (10. November 2019) wurden die Bürger von La Paz während ihren Straßenfestvorbereitungen von hunderten MAS-Anhängern überrascht, die gegen den Rücktritt ihres Anführers protestierten – obwohl die Hypothese naheliegt, dass diese Märsche im Voraus geplant und gestellt waren. Die Panik wurde noch grösser, da die Polizei wegen der Meuterei kaserniert war und von dem Mob umzingelt wurde und die Armee auf die präsidentiale Nachfolge wartete, um weitere Entscheidungen zu treffen. Unterdessen verstärkte das Machtvakuum die Unsicherheit noch mehr, da MAS-Anhänger private Häuser in Brand setzten, öffentliche Gebäude plünderten, sowie Raubüberfälle und kriminelle Übergriffe beginnen, die bis heute andauern.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Beweis des Wahlbetrugs im Bericht der OAS, der landesweite Polizeiaufstand sowie die Rücktrittsempfehlung des Armeekommandanten gaben einem Präsidenten, der Bolivien 14 Jahre lang regierte, und einem Regime, das sich selbst als "progressiv" bezeichnet – obwohl diese Definition rein rhetorischer Natur ist und keinen Bezug zur öffentlichen Politik Boliviens hat – den letzten Stoß.

3. Volksaufstand und nicht Staatsstreich

Ein Putsch findet statt, wenn die Regierung eines Landes plötzlich und durch eine andere staatliche Instanz ihres Amtes enthoben wird. In Bolivien fand auf breiter Front ein ziviler Ungehorsam statt, als friedliche Reaktion auf die Wahltäuschung durch die Regierung Evo Morales'. Wie schon angemerkt, wurden die Forderungen mit dem Anwachsen der Proteste deutlicher: a) Rücktritt des Präsidenten b) Neuwahlen c) Austausch der gesamten Wahlkommission. Die Wucht dieses Protestes ließ den ganzen Regierungsapparat erzittern, angefangen vom Ungehorsam der Polizei und des Rückzugs des Militärs in die Kasernen, da dieses

sich weigerte, die Zivilbevölkerung zu unterdrücken. Nichts stützte Evo Morales und seine Regierung mehr, war er doch durch den Skandal des Wahlbetrugs bloßgestellt.

Das Machtvakuum war die größte Gefahr in dieser relativ kurzen Phase bis zur Klärung der Mechanismen zur verfassungsmäßigen Nachfolge. Und es ist genau dieses Vakuum, das beweist, dass die Verdrängung der präsidentialen Macht nicht durch eine andere staatliche Instanz stattfand. In keinem Moment sah sich das Militär selbst in der Rolle der Exekutive als Ersatz für Evo Morales. Im Gegenteil! Es ermöglichte und unterstützte die verfassungskonforme Nachfolge und wartete dann auf die Anordnungen, um zur Befriedung des Landes beizutragen - in einer Situation, in der die Gewalt und Kriminalität der MAS-Anhänger die Möglichkeiten der Polizei überstieg.

4. Präsidiale Nachfolge

Wie zuvor angemerkt erfolgte der Rücktritt Evo Morales' zeitgleich mit dem des Vizepräsidenten, Alvaro García Linera (beide hatten schon Asyl in Mexiko beantragt), gefolgt von Adriana Salvatierra, Präsidentin des Senats. Die verfassungsmäßige Vertretung fiel somit an die Vizepräsidentin des Senats, Janina Añez. Mit dem Ziel, das Machtvakuum und die Entgleisungen des Mobs auf der Straße nicht zu verlängern, wandte man eine Verfassungsklausel an, die für einen solchen Fall vorgesehen ist: a) Präsident zurückgetreten und außer Landes, ebenso der Vizepräsident, b) Quorum nicht möglich aufgrund des Fernbleibens und Boykotts der MAS-Fraktion. Diese Verfassungsklausel tritt automatisch in Kraft und bedingt keiner parlamentarischen Debatte. Deshalb wurde Artikel 170 der staatlichen Verfassung angewandt.

Die neue Interim-Präsidentin hat eine Amtszeit von drei Monaten, um die nächsten Wahlen zu organisieren und um die optimalen Konditionen zu bieten für den Übergang zu einem Land, das triumphierend aus diesen aufwühlenden drei Wochen hervorging und es zum Ziel hat, eine reale Demokratie zu schaffen - entfernt vom Führertum und Zentralismus, der die Würde unseres Landes beschädigt hat. Die Aufgaben sind enorm, aber unsere Überzeugung ist es noch mehr.

[1] *Hirngespinnste* ist ein bolivianischer Think Tank in Deutschland und der Schweiz, der dieses Dokument für Veranstaltungen der bolivianischen Gemeinschaft im Ausland zur Verfügung stellt. Der Text darf selbstverständlich gekürzt oder ergänzt werden, je nach Erfordernissen.

[2] In den Monaten der Wahlvorbereitung kam es zu vielen Kündigungen seitens des technischen Personals aufgrund des Drucks, die Wählerlisten zu manipulieren. Hierbei sollten neue Wahlberechtigte mit gefälschten Ausweisen geschaffen werden, um Wähler von einem Ort zum anderen zu transportieren und doppelt zu registrieren und zusätzliche Stimmen von Verstorbenen erfunden werden und viele weitere Schwindeleien, von denen wir Bolivianer aus den Kreisen des ausgeschiedenen Personals hörten.

[3] Viele nannten dies „Proteststimme“ oder „nützliche Stimme“.

[4] Die Gesetzesvorlagen kamen direkt aus den Räumen des Vizepräsidenten

[5] Dies sagte der Vizepräsident wortwörtlich auf einer Kampagnenveranstaltung auf dem Land

[6] Marco Pumari ist ein junger Berufstätiger aus Potosí, Sohn von Minenarbeitern; seine Anführerrolle unter Jugendlichen verlieh der Bürgerbewegung Intensität, und zwar nicht nur in seiner Stadt sondern auch in Santa Cruz, wo er Fernando Camacho in den großen Kundgebungen begleitete - als Zeichen interkulturellen Verständnisses und Verbrüderung zwischen dem Osten und Westen des Landes. Fernando Camacho ist ein Unternehmer aus Santa Cruz, der, immer die Bibel in der Nähe, betete und auf den Kundgebungen versprach, ein Rücktrittsschreiben Evo Morales persönlich zu übergeben - mit einer Bibel in der Hand. Unerwarteterweise kam Camacho am 7. November 2019 in La Paz an und sah sich strengen Sicherheitsmaßnahmen gegenüber und einer Menschenmenge, bestehend aus Hunderten Anhängern von Evo Morales, die bereit waren, den zivilen Führer anzugreifen und ihm Gewalt anzutun. Dieses Ereignis war der Auslöser der allerletzten Tage des Präsidenten, da die Angst seines Kabinetts und seiner selbst der Bevölkerung zeigte, wie zerbrechlich, marode und unsicher die Regierung war.

[7] In seiner letzten Pressekonferenz als Präsident vor seinem Rücktritt teilte er mit, dass er Neuwahlen ausrufen würde mit „einem neuen Wahlkomitee und mit neuen Akteuren“, ohne dass er damit explizit angab, selbst auf eine Kandidatur zu verzichten.